

**Smyrek, Daniel Sven, *Internationally Administered Territories – International Protectorates? An Analysis of Sovereignty over Internationally Administered Territories with Special Reference to the Legal Status of Post-War Kosovo*, Duncker & Humblot, Tübinger Schriften zum internationalen und europäischen Recht, Berlin 2006, ISBN 3-428-11948-7, Seiten, 72,- Euro.**

Die Übernahme von Staatsgewalt durch externe Akteure stellt grundsätzlich einen schweren Eingriff in die Souveränität des Staates und das Selbstbestimmungsrecht des auf dem betroffenen Territorium lebenden Volkes dar. Dennoch ist von diesem Instrument zur Befriedung von Territorien und zur Friedenssicherung nach gewaltsamen Konflikten von Völkerbund und Vereinten Nationen immer wieder Gebrauch gemacht worden. Ein aktuelles Beispiel ist der unter UN-Verwaltung stehende Kosovo, mit dem sich der Verfasser des vorliegenden Werkes nach Erörterung der Wandlungen des Souveränitätsbegriffs und der vergleichenden Untersuchung historischer Vorgänger anhand der Frage, wer ist Inhaber der Souveränität, ausführlich auseinandersetzt.

Als historische Vorbilder werden aber zunächst die Freie Stadt Danzig (1920-39), das Saargebiet (1920-35), das kolumbianisch-peruanische Grenzgebiet Leticia (1933-34), das Freie Territorium Triest (1947-54), der Status Jerusalems nach dem gescheiterten UN-Teilungsplan für Palästina (1947), West-Neuguinea bzw. West-Papua (1962/63), Namibia (1917-1990) und Ost Timor (1999-2002) untersucht. Obwohl nicht unter UN-Verwaltung ist als

ein auch heute noch aktuelles Beispiel der Überwachung eines Staates durch die Internationale Gemeinschaft ebenfalls Bosnien-Herzegowina einbezogen worden.

Es folgt der Schwerpunkt der Arbeit, die Analyse der rechtlichen und tatsächlichen Lage im Kosovo sowie der Prämissen und Perspektiven für eine dauerhafte Lösung, die den Interessen der Beteiligten Rechnung trägt. Ausgehend von diesen Untersuchungen werden vier Modelle herausgearbeitet und zum Demokratieprinzip der UN-Charta in Beziehung gesetzt, um einerseits den Grad der Beschränkung des Selbstbestimmungsrechts der auf dem Territorium lebenden Bevölkerung und andererseits den als international governance bezeichneten Eingriff von außen zu messen. Dabei kommt der Verfasser des vorliegenden Werkes zu dem Ergebnis, dass die demokratischen Rechte der betroffenen Bevölkerung in den internationalisierten Gebieten (Saargebiet, Triest, Jerusalem) sowie in Staaten unter dauerhaftem internationalem Schutz (Danzig) die weitesten Einschränkungen erfahren. Besser erweist sich die Lage unter dem Gesichtspunkt der Achtung der demokratischen Rechte der Bevölkerung in Staaten unter vorläufigem internationalen Schutz (Bosnien-Herzegowina) sowie in geringerem Maße auch im Fall der Treuhandschaft unter direkter internationaler Herrschaft. Letztere stellt die häufigste Form internationaler Verwaltung dar und ist, so der Autor, wohl die einzige Option zur Wiederherstellung von Frieden und Demokratie, wenn alle staatlichen Einrichtungen zusammengebrochen sind. Erhole sich die Lage unter dem internationalen Mandat und nehme der Mandatar seinen Einfluss